



Klimaschutz – jetzt oder nie!

Tribüne 5 Gründe für ein JA zum Klimaschutz-Gesetz
Output Energiewende in Bundesbern: ein Zwischenstand

Klimaschutz ist gelebte Verantwortung

Es liegt in unser aller Verantwortung, unser Umfeld für ein JA zum moderaten und doch zentralen Klimaschutz-Gesetz zu motivieren und diese Abstimmung zu gewinnen.



Thomas Wälchli
Leiter Fachbereich Energiesuffizienz und Klima

Liebe Leserinnen und Leser

Am 18. Juni entscheiden wir, ob die Schweiz mit moderaten und breit abgestützten Massnahmen einen wichtigen Schritt Richtung Netto-Null-Emissionen macht – oder ob wir die Klimakatastrophe weiterhin aus Bequemlichkeit und mangelndem Bewusstsein aus unserem Alltag ausblenden. Ich weiss, wie schwierig diese Achtsamkeit im Alltag umzusetzen ist und wie gross die Widerstände in Wirtschaft und Gesellschaft sind. Seit 15 Jahren begleite ich beruflich Gemeinden, Unternehmen und Private auf ihrem Weg zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Seit Anfang März leite ich bei der SES den Fachbereich Energiesuffizienz und Klima. Für mich ist klar: Das Klimaschutz-Gesetz schafft die Rahmenbedingungen, wie die Schweiz die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreichen kann. Diese Chance müssen wir packen.

Viele Menschen sind verunsichert. Naturkatastrophen, Kriege, ökonomische Turbulenzen, Fake News und mehr oder weniger intelligente Chatbots schütteln unser Weltbild

durch. Nun kommt auch noch eine komplizierte Abstimmung zum Klimaschutz? Nein, das Klimaschutz-Gesetz ist weder kompliziert noch radikal. Es besiegelt den Konsens von FDP bis Rot-Grün. Die Journalistin Sabina Galbiati zeigt im Fokus-Artikel unsere ethische Verpflichtung auf, dieses Gesetz anzunehmen. Denn das Zeitfenster für eine wirksame Reduktion der Treibhausgasemissionen schliesst sich immer schneller. Zuwarten und weitere Jahre im Kreis diskutieren, verschärft nur die künftigen Massnahmen und Kosten. JETZT haben wir die Chance, die schwerwiegenden Konsequenzen der Klimaerhitzung für unseren Planeten und die kommenden Generationen abzuwenden.

Die wohlhabende Schweiz ist internationale Drehscheibe im fossilen Rohstoffhandel. Unsere Finanzbranche finanziert den globalen Raubbau mit. Deshalb trifft uns eine besondere Verantwortung, den Weg in eine klimabewusste Zukunft aufzuzeigen und zu beschreiben.

Darum gilt am 18. Juni: JA zum Klimaschutz-Gesetz. JA zu unserer Verantwortung.

Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und wünsche eine inspirierende Lektüre.

Impressum
Energie & Umwelt
Nr. 2/2023

Herausgeberin
Schweizerische
Energie-Stiftung SES
Sihlquai 67,
8005 Zürich,
044 275 21 21,
energiestiftung.ch

Spendenkonto
80-3230-3,
IBAN-Nr. CH69 0900
0000 8000 3230 3

Produktionsleitung
Valentin Schmidt

Redaktion
Simon Banholzer **SB**
Doris Elmer **DE**
Nils Epprecht **NE**
Léonore Hälg **LH**
Katja Jent **KJ**
Fabian Lüscher **FL**
Valentin Schmidt **VS**
Anna L. Schneider **ALS**
Markus Unterfinger **MU**
Thomas Wälchli **TW**

Korrektorat:
comtexto AG, Zürich
Gestaltung: dna.work
Illustration Titelseite:
fischerdesign.ch
Druck: Ropress, Zürich
(klimaneutral und mit
Ökostrom gedruckt)
Papier: Refutura Blauer
Engel FSC-Recycling
Auflage: 9 750 Ex.,
erscheint 4x jährlich

Abdruck mit Einholung
einer Genehmigung und
unter Quellenangabe
und Zusendung eines
Belegexemplars an die
Redaktion erwünscht.
E&U-Artikel von
externen Autor:innen
können und dürfen
von der SES-Meinung
abweichen.



Panorama



Deutschland vollzieht den Atomausstieg

Nach 60 Jahren geht in Deutschland die Ära der Atomkraft zu Ende. Die letzten drei Atomkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim und Emsland gingen Mitte April vom Netz. Dabei bleibt der Atomausstieg bis zuletzt kontrovers: Während FDP-Vize Wolfgang Kubicki kritisiert, der Ausstieg sei in der aktuellen Energiekrise ein «dramatischer Irrtum, der für uns noch schmerzhaft ökonomische und ökologische Konsequenzen haben wird», entgegnet der ehemalige Umweltminister der Grünen, Jürgen Trittin, im Tagesspiegel, dass der AKW-Strom schon heute vier- bis fünffach teurer sei als Solar- und Windstrom. Der Markt scheint ihm recht zu geben: Die Stromkosten im von AKW-Ausfällen gebeutelten Frankreich werden im kommenden Winter doppelt so hoch sein wie jene in Deutschland, wie das Wirtschaftsportal Bloomberg schreibt. **vs**

IPCC-Bericht: Klimaschutz dank Suffizienz

Der UNO-Weltklimarat IPCC hat am 20. März 2023 seinen neuesten globalen Synthesereport präsentiert. Er unterstreicht, dass grundlegende und systemische Veränderungen der Energie- und Klimapolitik nötig sind, um die zukünftigen Risiken der Klimaänderung so rasch wie möglich zu reduzieren. Erstmals nennt der IPCC-Bericht Suffizienzmassnahmen wie etwa eine Raum- und Verkehrsplanung, die kurze Wege ermöglicht, oder Massnahmen zur Eindämmung von Food Waste als wichtige Schlüssel für einen erfolgreichen Klimaschutz. Er beziffert die Emissions-Einsparpotenziale dank Suffizienz auf 29% (Industrie) bis 73% (Elektrizität), insgesamt auf 44%. Als besonders vorteilhaft hebt der IPCC zudem den Ausbau von Solar- und Windkraft hervor – wie auch Massnahmen, um den Verlust von natürlichen Ökosystemen zu verhindern. **tw**

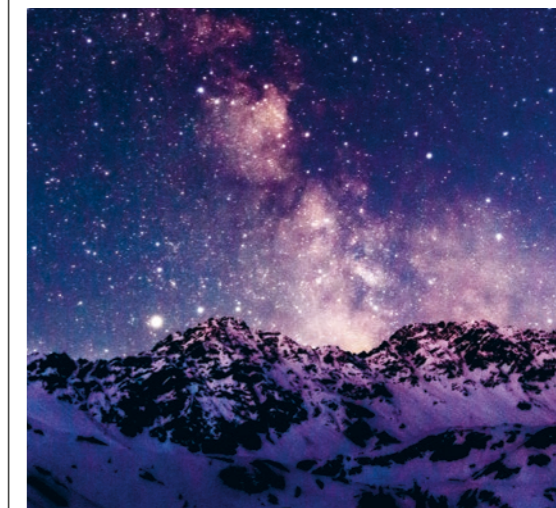
Verbrennerverbot verwässert

Anfang Jahr war die EU en route, den Verkauf von Verbrennerautos ab 2035 zu verbieten. Ein veritabler Meilenstein für Netto-Null im Mobilitätssektor. Unter dem Druck von Deutschland und Italien – Länder mit gewichtiger Autoindustrie – wurde die Vorlage nun verwässert. Neue Verbrenner können auch nach 2035 noch verkauft werden, sofern sie mit klimaneutralen Treibstoffen betrieben werden. Doch die Herstellung derselben, z.B. auf Basis von erneuerbarem Wasserstoff, ist energieintensiv und teuer und käme besser Sektoren ohne gute klimafreundliche Alternativen zugute – etwa der Schwerindustrie. Innovative Autobauer verlieren so auch die Sicherheit, dass sich ein Umstieg auf Elektroautos mittelfristig monetär ausspielt. Bleibt zu hoffen, dass sich die Konsument:innen aus Klima- und wirtschaftlicher Sicht konsequent für Elektroautos entscheiden. **LH**

Bilder: Dennis Hansch/wikimedia.org, tanakanata/unsplash.com

Planetare Grenzen: Die Schweiz überbordert

Viele Schweizer:innen denken immer noch, die Schweiz sei eine Musterschülerin im Umwelt- und Klimaschutz. Die neue Greenpeace-Studie «Transformation zu einem sozialgerechten Leben innerhalb der planetaren Grenzen» räumt mit dieser Wunschvorstellung ein für alle Mal auf: Bei den Treibhausgasemissionen überschreitet die Schweiz die planetaren Grenzen um den Faktor 19. Der Biodiversitätsverlust übersteigt den Grenzwert um den Faktor 3,8. Besonders beunruhigend: In mehreren Bereichen nimmt die Umweltbelastung weiterhin zu. Im zweiten Teil zeigt die Studie auf, wie die grundlegende und anspruchsvolle Transformation zu einer sozialgerechten Gesellschaft innerhalb der planetaren Grenzen mit Massnahmen wie Suffizienzpolitik, Kreislaufwirtschaft, Energiewende und neuen Wirtschaftsmodellen gelingen kann. **tw**



Renaissance des Kohlestroms? Im Gegenteil.

In der Diskussion um eine mögliche Strommangel-lage im Winter wurde letzters oft darauf verwiesen, dass für die Sicherstellung der EU-Stromversorgung alte Kohlekraftwerke wieder in Betrieb gehen. Das Gegenteil ist eingetreten. Laut dem Energie-Thinktank Ember fiel die Stromproduktion aus Kohle in der EU zwischen Oktober und März 11% tiefer aus als im Vorwinter. Ähnliches gilt für die AKW und Gaskraftwerke. Zwei Gründe sind dafür verantwortlich. Erstens sank der Winterstromverbrauch dank warmem Wetter, hohen Strompreisen und EU-weiten Einsparzielen signifikant. Zweitens führte der kontinuierliche Solar- und Windausbau zu einer rekordhohen Produktion an erneuerbarem Winterstrom – inklusive des angenehmen Nebeneffekts, dass so viele CO2-Emissionen eingespart werden konnten, wie die Schweiz in einem Jahr produziert. Wer sagt, dass wir das in den kommenden Wintern nicht wiederholen können? **LH**



5 Gründe für ein JA zum Klimaschutz-Gesetz

Am 18. Juni stimmen wir über das Klimaschutz-Gesetz, den indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative, ab. Es richtet Politik, Wirtschaft und Gesellschaft koordiniert auf gemeinsame Klimaschutzziele und -massnahmen aus. Meine fünf Gründe für ein JA zur dringend nötigen Vorlage.



Sophie Fürst
Co-Kampagnenleiterin JA zum Klimaschutz-Gesetz

1. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird es noch teurer

Die Schweiz als Alpenland ist besonders stark von den Klimaveränderungen betroffen. Die Temperatur steigt hier doppelt so stark wie im weltweiten Durchschnitt. Der Klimawandel kostet den Kanton Wallis heute schon 250 Millionen Franken pro Jahr. Je länger wir warten, desto schlimmer werden die Schäden ausfallen und die Folgekosten steigen.

2. Wir stehen in der Verantwortung

Die Schweiz hat einen grossen Treibhausgas-Fussabdruck und hat sich im Rahmen des Pariser Übereinkommens zu netto null bis 2050 verpflichtet. Doch wir sind nicht auf Kurs! Die Verantwortung für den Klimaschutz, auch den unterlassenen, kann die finanzstarke Schweiz nicht an andere Länder delegieren. Mit einem JA zum Klimaschutz-Gesetz machen wir einen weltweit sichtbaren Schritt vorwärts.

3. Ersatz von Heizungen wird gefördert

Die meisten Treibhausgase fallen bei der Verbrennung von Erdöl, Erdgas und Kohle an. Deshalb fördert das Klimaschutz-Gesetz ganz konkret den Ersatz von ineffizienten Heizungen und Gebäudesanierungen. Das Gewerbe profitiert von Aufträgen, Hauseigentümer:innen erhalten Geld beim Ersatz von Öl-, Gas- und Stromfresser-Heizungen. Die Mieter:innen profitieren bei effizienterem Energieverbrauch von sinkenden Nebenkosten.

4. Strom können wir selber machen, Öl und Gas nicht

Wir zahlen heute durchschnittlich 8 Milliarden Franken pro Jahr für fossile Energien ins Ausland. Wenn wir in klimafreundlichere, effizientere und erneuerbare Energien investieren, befreit uns dies von der Abhängigkeit von Öl und Gas von autokratischen Regimes im Ausland. Es führt zu mehr Versorgungs- und



Vertreter:innen des JA-Komitees beim Kampagnen-Start in Flüeli-Ranft.

Bild: Verein Klimaschutz Schweiz

Energiesicherheit, denn Strom können wir selbst produzieren.

5. Chancen nutzen, Wertschöpfung im Inland steigern

Das im Klimaschutz-Gesetz vorgesehene Impulsprogramm fördert neuartige, klimafreundliche Technologien und Prozesse, die Wertschöpfung im Inland und Marktchancen für die Exportindustrie schaffen. Der Bund will Unternehmen beim Erstellen von Fahrplänen zur Emissionsreduktion unterstützen. So werden wir schrittweise «klimaneutral» und stärken unsere Wirtschaft.

Fazit

Mit einem JA tun wir das Bestmögliche



Mit einem Ja zum Klimaschutz-Gesetz setzen wir der Schweiz klare Klimaziele und investieren wir in langfristigen und wirksamen Klimaschutz. Wir schützen damit, was uns wichtig ist: unsere Lebensgrundlage und uns alle, die jetzt und in Zukunft auf diesem Planeten leben.



→ Weitere Möglichkeiten, um ein JA zum Klimaschutz-Gesetz mit deinem persönlichen Engagement zu unterstützen, findest du unter www.klimaschutzgesetz-ja.ch.

Die Wärmebranche ist bereit für die Energiewende

Der Branchenkenner erläutert, welchen Nutzen Wärmepumpen für den Klimaschutz haben und wo die wahren Herausforderungen liegen.



Im Gespräch mit **Stephan Peterhans**, Geschäftsführer Fachvereinigung Wärmepumpen Schweiz

ES&U: Wie funktionieren Wärmepumpen und wieso sind sie nachhaltig?

Stephan Peterhans: Wärmepumpen funktionieren wie Kühlschränke – nur umgekehrt. Sie entziehen der Umwelt Wärme, z.B. aus der Luft oder aus dem Boden, und geben sie als Heizenergie an das Haus ab. Dazu brauchen sie Strom. Wärmepumpen geben aber bis 400%

mehr Energie ab, als sie benötigen. Damit ist der Stromverbrauch von Wärmepumpen viel kleiner als der Energieverbrauch von fossilen Heizungen. Er beträgt nur rund einen Drittel, von Energiefresser keine Spur. Wird der Strom nachhaltig produziert, das heisst aus erneuerbaren Quellen, leisten Wärmepumpen einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen.

Welche Auswirkungen hätte die Annahme des Klimaschutz-Gesetzes auf die Wärmepumpenbranche?

Die Annahme gibt Sicherheit in mehrfacher Hinsicht. Hersteller und Lieferanten von Wärmepumpen sind sicherer bei Investitionen in Produktionsanlagen sowie bei der Einstellung und Ausbildung von Personal. Das Gleiche gilt für Bohrunternehmen, die Erdwärmesonden einbauen. Für Installateure, Planer:innen, Energieberater:innen oder Architekt:innen ist es ein entscheidendes Signal, dass sie in die Weiterbildung investieren müssen. Dieses Signal braucht es jetzt, nicht erst in 10 oder 20 Jahren. Die Annahme bewirkt auch, dass veraltete Gesetze, Verordnungen und Vollzugshilfen an die Entwicklungen im Wärmemarkt angepasst werden.

Kann die Branche eine Steigerung der Nachfrage überhaupt stemmen, Stichwort Lieferprobleme?

Es besteht kein Lieferproblem. Hausbesitzer:innen sind gut beraten, jetzt mit der Planung der Sanierung der fossilen Heizung zu beginnen. Bis die Baubewilligungen, Bewilligungen für Förderbeiträge und Absprachen mit Installateuren getätigt sind, können die Aufträge bedient werden. Die Wärmepumpenhersteller ermöglichten während den letzten zwei Jahren eine Steigerung des Absatzes um je 20 Prozent. Für 2023 zeichnet sich eine ähnliche Steigerung ab. Solche Steigerungsraten stellen in Industriebetrieben eine sehr grosse Leistung dar. Wir haben aber gezeigt, dass wir die Produktion bei gleicher Qualität hochfahren können.

Und wie sieht es mit dem Fachkräftemangel aus?

Wir haben die Herausforderung erkannt und reagieren mit einem grossen Aus- und Weiterbildungsangebot. Es geht darum, Planer:innen und Installateure, die heute Öl- und Gasheizungen einbauen, auf Wärmepumpen umzuschulen. Weiteres Potenzial erkennt die Branche bei Kaminfeger:innen, Feuerungskontrolleur:innen oder Tankrevisionsfirmen. Unbestritten ist, dass für diese Fachleute eine Passarellausbildung von einem bis zwei Jahren angeboten werden muss. Mit einem Kurs von wenigen Tagen kann das erforderliche Wissen nicht vermittelt werden. Damit ist gesagt, dass Herausforderungen bei den Fachkräften bestehen, dass es aber auch Lösungsansätze gibt. Der Wandel im Wärmemarkt ist im Gange.

Konsequent und engagiert Handeln tut gut

Zwischen einem sinnvollen und dem tatsächlichen Verhalten vieler Menschen klafft ein immer grösserer Abgrund.

Manchmal verlässt mich deswegen fast die Hoffnung. Ich fühle mich ohnmächtig. Kein Mittel scheint geeignet, etwas zu verändern. Nur der Gedanke «zum Glück bin ich nicht mehr jung» schwirrt durch meinen Kopf. Doch Zweifel sind altersunabhängig. Haben junge Menschen vielleicht deshalb mehr mit psychischen Problemen zu kämpfen? Weil ihnen diese Diskrepanz im Verhalten zu schaffen macht?

Positive Erlebnisse und Solidarität helfen. Kürzlich durfte ich mit einer unserer Unterstützerinnen sprechen, die nicht nur persönlich aktiv ist, sondern sich auch mit einem extrem grosszügigen und hilfreichen Beitrag für unsere Mobilisierungskampagne zum Klimaschutz-Gesetz engagiert. Sie hat einen erheblichen Teil ihres Erbes weitergegeben und sagt: «Ich kann das

Geld nicht mitnehmen und so nützt es am richtigen Ort».

Die Entschlossenheit und Konsequenz, mit der sie ihre Überzeugungen lebt, und die tatkräftige Unterstützung für das Klimaschutz-Gesetz haben mich sehr berührt und motiviert. Ich spürte, dieser Mensch ist mutig und exponiert sich, falls nötig. «Ich kann nicht anders», meint sie, «denn Klimagerechtigkeit ist auch Menschen-gerechtigkeit.»

Ich finde, hier sollten wir uns ein Beispiel nehmen: Wenn wir – auch für kommende Generationen – eine lebenswerte Zukunft wollen, müssen wir handeln. Mit allem, was uns zur Verfügung steht. Mit unserer Überzeugung, Energie, unserem Netzwerk und unserem Geld, denn mitnehmen können wir nichts davon.

Jahresbericht 2022

Der Angriff Russlands auf die Ukraine markierte 2022 eine herbe Zäsur – auch energiepolitisch.

Auf drastische Art und Weise wurde unsere Abhängigkeit von fossilen und nuklearen Rohstoffen aus autoritären Staaten augenscheinlich. Die neue Ausgangslage hat bei der SES längst geplante Aktivitäten und Kampagnen über den Haufen geworfen. Wir waren gefordert – und haben geliefert. 2022 wurden zwei Gesetzesrevisionen, die die SES eng begleitet hat, fertig beraten (Solarexpress, Klimaschutzgesetz). Wir haben 3 Veranstaltungen ausgerichtet, 5 Kampagnen umgesetzt, 6 Klimacast-Videoclips produziert, 9 Studien publiziert, 16 Stellungnahmen zu Vernehmlassungen eingereicht und 248 Medienartikel mit SES-Nennung generiert. Möglich war dies vor allem dank Ihrer Unterstützung. Herzlichen Dank!



→ Jahresbericht 2022 lesen
www.energiestiftung.ch/jahresbericht

Personelles

Nach eineinhalb Jahren bei der SES hat **Verena Schneider** die Geschäftsstelle per Ende Februar verlassen. In dieser Zeit hat sie die Administration und das Mitgliedswesen geleitet und verwandte Organisationen wie die Allianz Atomausstieg oder den Trinationalen Atomschutzverband TRAS begleitet. Aufgewachsen in Würenlingen AG, wurde Verena schon in den 1970er-Jahren in der Anti-Atom-Bewegung politisiert und hat ihr Engagement und ihre Verve in die SES getragen. Vielen Dank, Verena! Nun geht sie neue Wege. Wir wünschen ihr viel Erfolg und alles Gute für die Zukunft.



Die SES-Administration:
Verena Schneider
und Silvio Piffaretti

Seit dem 1. April ist neu **Silvio Piffaretti** für die Administration und das Mitgliedswesen zuständig. Durch seine langjährige Tätigkeit als Leiter des Service Centers beim WWF bringt er viel Know-how mit, von dem die SES profitieren kann. In der kurzen Zeit bei der SES hat sich Silvio hervorragend eingearbeitet und er hat sein Ressort bereits voll im Griff. Als Menschenfreund, der er ist, hat er immer ein offenes Ohr für unsere Mitglieder und Spender:Innen. Und er freut sich darauf, Sie bald kennenzulernen. Herzlich Willkommen, Silvio!



Postkarten für ein JA

Abstimmung nicht verpassen, Freund:innen und Bekannte mobilisieren.

Neben der Unterstützung des Kampagnen-Komitees «JA zum Klimaschutz-Gesetz» hat die SES eine eigene Mobilisierungskampagne für ein JA am 18. Juni 2023 lanciert. Denn häufig liegt die Stimmbeteiligung unter 50 Prozent, und auch klimabewussten Menschen kann es leicht passieren, eine Abstimmung zu verpassen. Deshalb ruft die SES dazu auf, kostenlos

ein Postkarten-Set mit mobilisierenden Sujets zu bestellen und an Freund:innen und Bekannte zu verschicken.

Gerade in den letzten Tagen vor der Abstimmung kann dies eine wertvolle Erinnerung sein, um das Klimaschutz-Gesetz am Abstimmungstag zum Erfolg zu führen. Machen auch Sie mit! Herzlichen Dank.



→ Postkarten gibt's hier:
energiestiftung.ch/klima-abstimmung



Bilder: SES, Parlamentsdienste 3003 Bern



Ein Hoch auf die parlamentarische Initiative!

Das Parlament kann mit verschiedenen Typen von Vorstössen seine Anliegen voranbringen. Doch das stärkste Mittel ist klar die parlamentarische Initiative. Damit lassen sich Gesetze direkt ändern oder gar neu schreiben. Und die Verfahren sind schneller, als es der Bundesrat bei bestem Willen – ohne Notrecht – kann.

Als ein Förderstopp für die Erneuerbaren drohte und der Bundesrat nicht vorwärts machen wollte, war es meine parlamentarische Initiative, die in die Bresche sprang und uns einen Zubau von mindestens 6 Terawattstunden Solarstrom bis 2030 sicherte. Bei der Gletscher-Initiative entstand mit dem Nein zum CO2-Gesetz die Notwendigkeit für eine solche Initiative. Der Bundesrat wollte einen direkten Gegenvorschlag auf Verfassungsebene, doch dieser beinhaltete keine Massnahmen und hätte die Ständemehr-Hürde nehmen müssen. Deshalb erarbeitete die UREK den indirekten Gegenvorschlag – natürlich per parlamentarischer Initiative. Den ersten Entwurf habe ich mit Ruedi Noser und dem Initiativkomitee erarbeitet. Dieser wurde im Wesentlichen von der Umweltkommission übernommen. Einzig der CO2-Grenzwert für Heizungen in Neubauten wurde gestrichen. Als Reaktion auf die Ukraine-Energiekrise kam wenigstens ein Heizungseffizienz-Förderprogramm wieder in die Vorlage rein. So haben wir innert eineinhalb Jahren ein Klimagesetz erarbeitet. Zum Vergleich: Erarbeitung und Beratung des CO2 Gesetzes dauerten 5 Jahre.

Eine parlamentarische Initiative kann sogar eine weitere Vorlage gebären. Erstmals geschehen mit dem sogenannten Solarexpress, der aus der parlamentarischen Initiative für einen indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative entstand. Ok, das war vielleicht etwas eine Sturzgeburt. Aber es zeigt einmal mehr: Wenn das Parlament will, kann es auch schnell vorwärts machen.

Bastien Girod
Nationalrat, Grüne Partei und SES-Beirat

Fundraising

Sie sichern unsere Existenz

Ich lade Sie ein, sich zu überlegen, wie Sie sich zusätzlich engagieren wollen und können. Sollten Sie Vorschläge haben oder auch Fragen bin ich für Sie da. Wenn Sie wissen wollen, wie sich die SES engagiert und ob ihre Spende oder Ihr Legat bei uns in guten Händen ist, bin ich gerne Ihre Ansprechpartnerin. Ich freue mich auf Sie.



Doris Elmer
Leiterin institutionelles und individuelles Fundraising
044 275 21 28,
doris.elmer@energiestiftung.ch

Klimaschutz – jetzt oder nie!

Angesichts der Klimaerwärmung ist ein «Weiter wie bisher» ausgeschlossen. Denn mit jeder zusätzlichen Tonne CO₂ schrumpft der Spielraum für künftige Entscheidungen. Die Schweiz muss jetzt Verantwortung übernehmen und mit dem Klimaschutz-Gesetz ihre Energiepolitik neu ausrichten.



Sabina Galbiati
Autorin und freischaffende Journalistin

17. April 2023, Zürich: In einem Café im Niederdorf sitzt Johanna Bleisch, 15 Jahre alt, Gymnasiastin, Klimaaktivistin, politisch aktiv seit bald drei Jahren. «Wenn ich abstimmen dürfte, würde ich das Klimaschutz-Gesetz auf jeden Fall annehmen», sagt sie, auch wenn klar sei, dass das Gesetz zu wenig weit gehe. Bleisch, geboren 2008 in einem der reichsten Länder dieser Welt, gehört zur ersten Generation des 21. Jahrhunderts. Es ist das Jahrhundert, an dessen Ende ein «Weiter wie bisher» selbst mit den heutigen weltweiten Massnahmen eine globale Er-

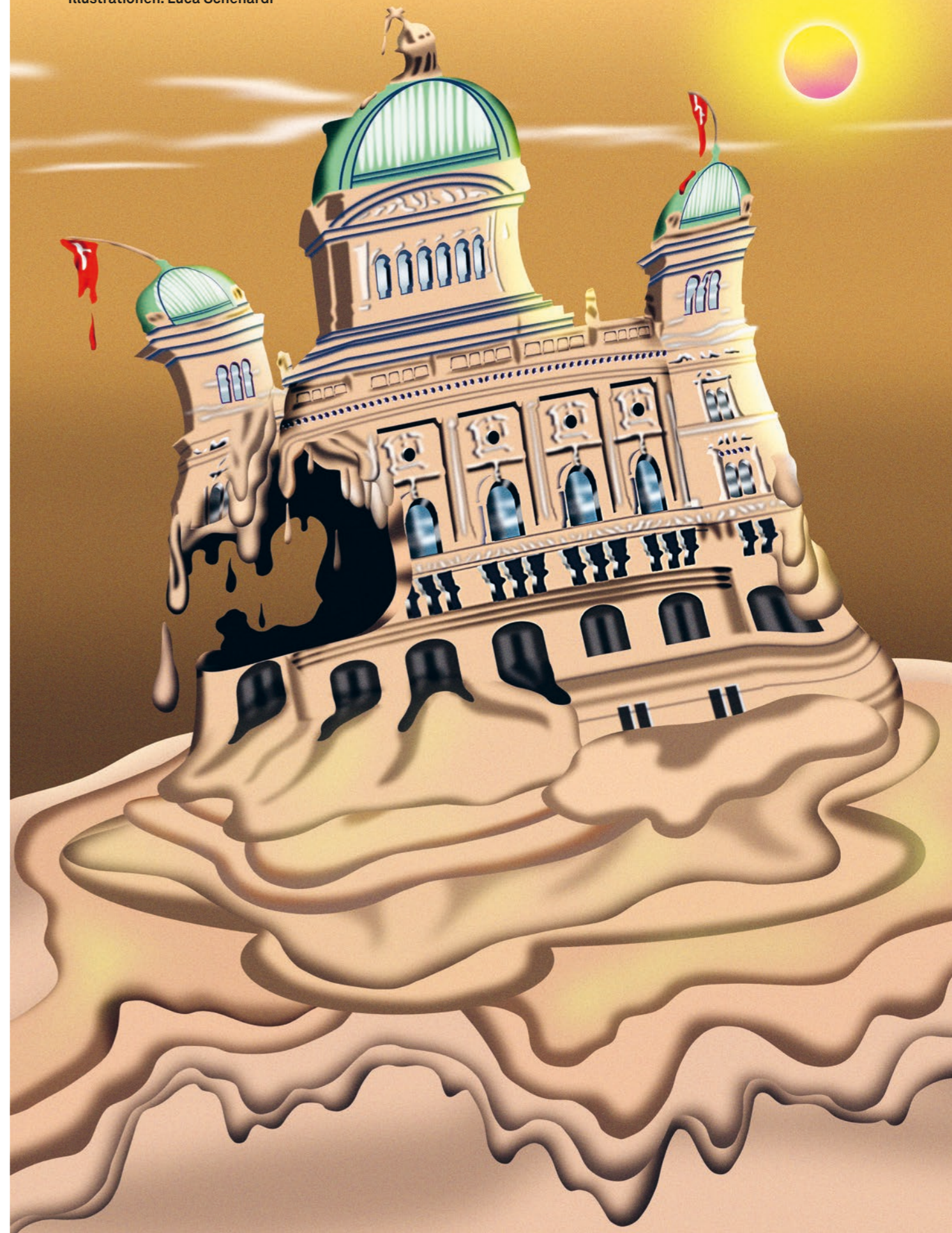
wärmung um knapp 3 Grad Celsius gegenüber vorindustrieller Zeit bedeutet. Ein «Weiter wie bisher» funktioniert nicht mehr. Das zeigen die wissenschaftlichen Fakten. Das zeigt die Klimaerwärmung, die bereits jetzt weltweit zu häufigeren und stärkeren Dürren, Hitzewellen und Überschwemmungen führt, und dies bei einer durchschnittlichen Erderwärmung von «lediglich» 1,1 Grad.

Gleichentags, Schweiz: Über 200 Wissenschaftler:innen aus den Bereichen Klima, Energie, Technologie, Umwelt, Nachhaltigkeit und umweltbezogenen

Politik-, Sozial- und Geisteswissenschaften sowie Ökonomie und Recht sprechen sich öffentlich für das Klimaschutz-Gesetz aus. «Der Klimawandel ist hier und jetzt, und die Gesellschaft ist heute schon stark von den Auswirkungen betroffen. Wir Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind besorgt über diese Entwicklungen», schreiben sie in ihrer Stellungnahme. «Jede ausgestossene Tonne CO₂ erhöht die Risiken für Klimaschäden, verkleinert den Spielraum für zukünftige Entscheide und trägt dazu bei, dass später mehr künstliche Senken nötig

↗
Jede weitere Tonne CO₂ erhöht die Risiken für Klimaschäden.

Illustrationen: Luca Schenardi



Fokus

werden.» Sie untermauern die Dringlichkeit mit den anerkannten wissenschaftlichen Fakten. Nun mag man darüber streiten, ob sich Wissenschaftler:innen derart in politische Angelegenheiten einzumischen haben, währenddessen der Lobbyismus in Bundesbern nahezu unbehellig seinen Lauf nimmt. Nur verschwinden dadurch weder die Fakten noch die Treibhausgase.

Das Dilemma mit dem akzeptierten Unrecht

2021, Schweiz: 45,2 Millionen Tonnen Treibhausgase haben wir allein im Inland ausgestossen, hauptsächlich in den Bereichen Verkehr, Industrie und Haushalte. Damit verfehlt die Schweiz das angestrebte Ziel deutlich, bis 2020 20 Prozent weniger Treibhausgase gegenüber 1990 zu emittieren.

Wir importieren und verbrauchen jährlich fossile Energieträger im Wert von rund acht Milliarden Franken. Geld, das unter anderem zu autoritären Regimes fließt und wegen der hohen Energiepreise 2022 sogar auf 13 Milliarden Franken stieg. Hinzu kommt der gigantische Fussabdruck des Schweizer Finanzplatzes. Im Report «Klimastandort Schweiz» von 2022 schätzt «McKinsey & Company», dass unser Finanzplatz durch Investitionen in Aktien, Unternehmensanleihen sowie durch die Vergabe von Krediten und Hypotheken jedes Jahr 700 bis 900 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen «in die Einfluss-sphäre der Schweiz bringt». Das entspricht 14- bis 18-mal unseren Innlandemissionen. Staatsanleihen sind hier noch gar nicht eingerechnet. Man könnte sagen: alles in allem das Resultat unseres «Weiter wie bisher».

Unser Dilemma beschreibt der Philosoph Christoph Rehmann-Sutter in seinem Artikel «Das Unrecht der Klimakrise» treffend: «Die Krise entsteht im Grossen und Ganzen – von Ausnahmen abgesehen – nicht durch Gesetzesübertretungen, sondern im Rahmen des Er-



laubten». Er beschreibt diese spezielle Form des Unrechts als «Unrecht im Rahmen der geltenden Rechtsordnungen, im Rahmen des gesellschaftlich akzeptierten und weitgehend erwünschten Verhaltens.»

Der Klima- und Umweltethiker Ivo Wallimann-Helmer gehört zu den Wissenschaftlern, welche die Stellungnahme mitunterzeichnet haben. Er fügt einen ergänzenden Punkt an: «Wir leben in einem System, in dem niemand sagen kann, du bist schuld am Klimawandel. Aber gleichzeitig tragen wir durch unser Handeln permanent dazu bei.» Deshalb sei jede und jeder Einzelne in der Verantwortung, die Emissionen zu minimieren. «Allerdings braucht es dazu

auch die Politik, respektive den gesetzlichen Rahmen, der das ermöglicht und unterstützt.»

Das Klimaschutz-Gesetz oder «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit», wie es korrekt heisst, setzt mit dem Netto-Null-Ziel bis 2050 und einem definierten Absenkpfad für Treibhausgasemissionen diesen gesetzlichen Rahmen fest. Gleichzeitig zeigt eine Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften im Auftrag der SES, dass im Inland durch ein Netto-Null-Szenario 77 Milliarden Franken an Wertschöpfung und rund 50'000 Arbeitsplätze allein bis zum Jahr 2035 ermöglicht werden. Das Gesetz enthält zudem einen Hebel

↑
Wir müssen jetzt Verantwortung übernehmen.

«Wenn ich abstimmen dürfte, würde ich das Klimaschutz-Gesetz auf jeden Fall annehmen.»

Johanna Bleisch, 15 Jahre alt, Gymnasiastin und Klimaaktivistin

für eine «klimaverträgliche Ausrichtung der Finanzmittelflüsse» – obwohl einige Expert:innen hier durchaus für mehr Strenge plädieren. Ein weiterer wichtiger Aspekt, betont Wallimann-Helmer, sei die Anwendung der Negativemissionstechnologien, die das Klimaschutz-Gesetz vorsehe, wie etwa die technische Abscheidung von CO₂ aus der Atmosphäre und dessen Lagerung im Untergrund. «Die Wissen-

schaft zeigt klar, dass wir ohne diese Technologien die Ziele des Pariser Klimaabkommens nicht mehr erreichen.»

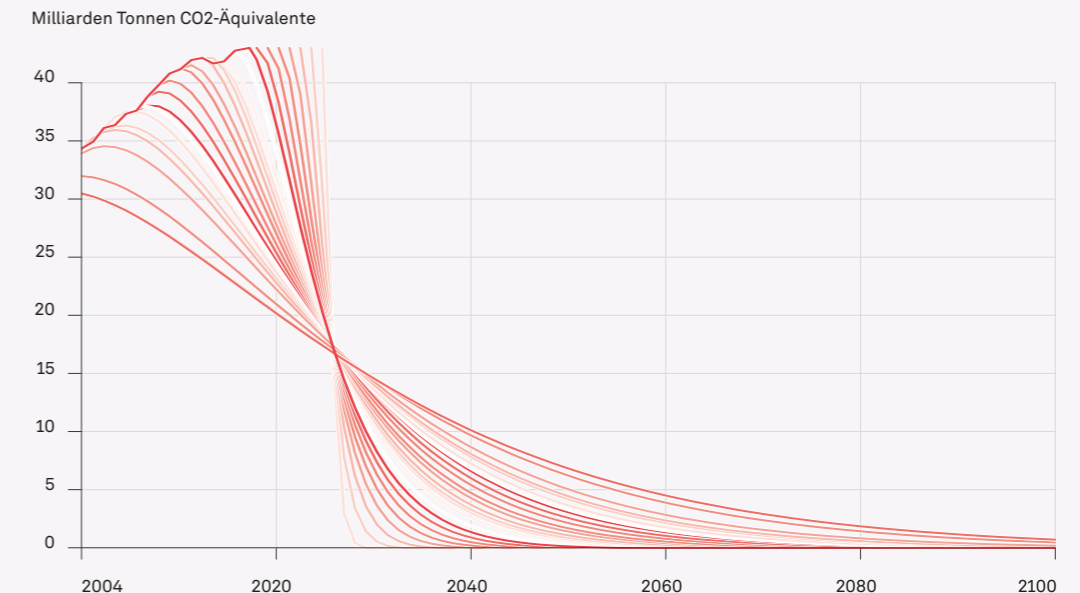
Die Folgen für die +2,4 Grad Schweiz

Hitzesommer 2022, Schweiz: Zahlreiche Bäuer:innen bringen ihr Vieh frühzeitig von der Alp herunter. Entweder fehlen Futter, Wasser oder beides. Tiere

werden notgeschlachtet. In diesem Jahr verlieren die Gletscher 6 Prozent Volumen – mehr als je zuvor. Dieses Wasser wird früher oder später in den Bergdörfern, aber auch im Flachland fehlen. Die Übersterblichkeit unter anderem aufgrund der Hitze zeigt sich in den Statistiken deutlich. Bereits jetzt sterben in der Schweiz hitzebedingt jährlich im Durchschnitt 300 Menschen frühzeitig. Unser Alpenland ist stärker von der Klimaerwärmung betroffen als andere Länder: Bis heute ist die Durchschnittstemperatur um 2,4 Grad Celsius gegenüber vorindustrieller Zeit gestiegen. Dass das Klimaschutz-Gesetz Anpassungsmassnahmen zum Schutz vor den Folgen des Klimawandels vorsehe, sei vor diesem Hintergrund ein wichtiger Aspekt, sagt Wallimann-Helmer. «Aus ethischer Sicht hätten allerdings in dieser Hinsicht zwingend auch

Notwendige CO₂-Reduktionen, um den globalen Temperaturanstieg auf unter 1,5°C zu begrenzen

Jährliche Kohlendioxidemissionen in verschiedenen Klimaschutzszenarien: Die Szenarien basieren auf den CO₂-Reduktionen, die erforderlich wären, wenn die Eindämmung in dem jeweiligen Jahr begonnen hätte. Die Kurven zeigen jeweils den Höchststand der globalen Emissionen sowie die Geschwindigkeit des Rückgangs. Die verwendeten Kohlenstoffbudgets basieren auf einer Wahrscheinlichkeit von über 66 Prozent, den Temperaturanstieg unter 1,5°C zu halten (IPCC-Sonderbericht 15).



Grafik: Robbie Andrews (2019); based on Global Carbon Project & IPCC SR15



«Das Zeitfenster, in dem eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle gesichert werden kann, schliesst sich rapide.»

Weltklimarat (IPCC) anlässlich der Konferenz im Kongresszentrum Interlaken 2023

Unterstützungsmassnahmen für ärmere und vom Klimawandel stärker betroffene Staaten formuliert werden sollen.»

April 2023, Zürich: Im Café erzählt Johanna Bleisch von ihrem Alltag: «Ich verstehe alle, die einfach 15 Jahre alt sein wollen, ich wünsche mir oft, ich könnte das auch – einfach mal vergessen.» Bleisch sieht sich keineswegs als Opfer, sondern als Privilegierte in einem reichen Land. Aber sie schäme sich für dessen Klimapolitik, sagt sie. Täglich widmet sie zwei bis drei Stunden dem Klimastreik. «Ich kann zwar noch nicht abstimmen, aber für den gesellschaftlichen Wandel kann ich mich einsetzen.»

März 2023, Strassburg: Elisabeth Stern fordert am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ihr Recht auf Leben und Gesundheit ein. Sie gehört zum Verein der 2200 Schweizer Klimaseniorinnen. «Die Schweiz verletzt ihre Schutzpflicht uns gegenüber durch ihre ungenügende Klimapolitik», fasst Stern kurz und knapp zusammen. Die immer längeren und heftigeren Hitzewellen aufgrund der Klimaerwärmung würden ihr Grundrecht auf Leben und Freiheit einschränken. Seit nunmehr 40 Jahren kämpft die Ethnologin für mehr Klimaschutz und -gerechtigkeit. «Die jetzige Klimapolitik der Schweiz ist in jeder Hinsicht unzureichend, um die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Dieses Ziel ist jedoch entscheidend, wenn wir die Menschenrechte achten und wahren wol-

len», sagt sie. Was die 75-jährige genauso umtreibt, sind junge Menschen wie Johanna Bleisch. «Die Jugend von heute soll nicht denken müssen, dass sie die letzte Generation ist!» Das sei tragisch und ungerecht. «Wir stehen hier in der Verantwortung.» Der Klimaethiker Ivo Wallimann-Helmer formuliert es so: «Es ist unsere ethische Pflicht, künftigen Generationen mindestens ein angemessenes Leben zu ermöglichen, und das Klimaschutz-Gesetz ist eine Massnahme, diese Möglichkeit schaffen zu helfen.»

Die Verantwortung der Schweiz

Doch was ist angemessen? Einen Anhaltspunkt liefert Evelyne Schmid, Professorin für Völkerrecht an der Universität Lausanne: «Die Geschichte zeigt, dass zivilisatorische Errenschaften wie etwa unser Rechtssystem und Menschenrechte oder Wirtschaftsstabilität nur innerhalb eines sehr schmalen Temperaturbandes möglich sind». Alles, was über +1,5 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit liege, sei wegen der Umweltfolgen brandgefährlich. «Die Schweiz steht nicht nur gegenüber ihrer Jugend und kommenden Generationen in der Verantwortung, sondern auch gegenüber allen anderen Staaten, die das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet haben.» Denn die Weltgemeinschaft hat sich nicht nur das Ziel gesetzt, den globalen Temperaturanstieg auf mög-

lichst 1,5 Grad zu beschränken. Die einzelnen Staaten haben sich auch verpflichtet, dies nach dem Gerechtigkeitsgrundsatz der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten zu tun. «Die Schweiz gehört zu den Ländern, die mehr Verantwortung übernehmen müssen, weil sie finanziell, technologisch und wissenschaftlich einen grösseren Beitrag leisten können», sagt Schmid. «In all diesen Bereichen ist die Schweiz leistungsstark. Gleichzeitig haben wir wegen unseres Finanz-, aber auch Rohstoffhandels, unseres Konsums und unserer historischen Emissionen eine grössere Verantwortung als ärmere Staaten.» Das Klimaschutz-Gesetz sei ein wichtiger Schritt, um dem immerhin näher zu kommen.

Zeitfenster schliesst sich rapide

März 2023, Interlaken: Jene Dringlichkeit, welche die Wissenschaftler:innen in ihrer Stellungnahme betonen, schreibt der Weltklimarat an seiner Konferenz im Kongresszentrum mit einfachen Worten nieder: «Das Zeitfenster, in dem eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle gesichert werden kann, schliesst sich rapide.» Das lässt sich freilich weiterhin verleugnen, verdrängen oder zerreden. Damit ändert sich aber nichts an der Tatsache, dass unsere Treibhausgasemissionen so rasch wie möglich sinken müssen. Fakt ist, das Klimaschutz-Gesetz wird noch nicht reichen, um die Pariser Ziele zu erreichen. Doch es ist ein erster wichtiger Schritt und ein Grundsatzentscheid, der die Schweiz aus ihrem klimapolitischen Stillstand hebt.

18. Juni 2023, Schweiz: Das Resultat der Abstimmung über das Klimaschutz-Gesetz ist vor diesem Hintergrund nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit und Verantwortung. Mit unserem heutigen Wissensstand und den zur Verfügung stehenden Technologien ist ein JA auch die einzig vernünftige Antwort.

Energiewende in Bundesbern: ein Zwischenstand

Der sogenannte Mantelerlass Energie beschäftigt das eidgenössische Parlament und auch die SES seit geraumer Zeit.



Léonore Hälg Leiterin Fachbereich erneuerbare Energien und Klima
Thomas Wälchli Leiter Fachbereich Energiesuffizienz und Klima
Fabian Lüscher Leiter Fachbereich Atomenergie

Der Mantelerlass Energie beinhaltet die Revision des Energie- und des Stromversorgungsgesetzes und hat einen grossen Einfluss auf das Tempo, mit dem die Energiewende umgesetzt werden wird. Erste wichtige Entscheide hat das Parlament bereits definitiv getroffen. Eine Einschätzung.

Zielvorgaben: ein lachendes und ein weinendes Auge

Im Herbst 2022 startete die Debatte zum Mantelerlass im Ständerat gleich mit einem Paukenschlag. Das Stöckli entschied sich mit überwältigender Mehrheit für den Vorschlag der vorberatenden Kommission zu Artikel 2 des Energiegesetzes: die Erhöhung der Ausbauziele für die erneuerbare Stromproduktion. Während der Bundesrat in seinem Entwurf noch ein halbherziges Ziel vorschlug und dieses als ambitioniert zu verkaufen versuchte, schlug der Ständerat einen wichtigen Pflock ein. Er erhöhte den bundesrätlichen Vorschlag um das Doppelte und setzte das Ziel, dass die erneuerbare Stromproduktion ohne Wasserkraft bis 2035 35 Terawattstunden zu betragen hat. Im Frühling folgte der Nationalrat diesem Vorschlag. Das ständerätliche Ausbauziel entspricht genau unseren Berechnungen zusammen mit der Umweltallianz, wie viel zusätzlichen Strom wir bis 2035 für die Dekarbonisierung unserer Energieversorgung und den Ersatz der Atomstromproduktion tatsächlich brauchen werden. Ein schöner Erfolg.

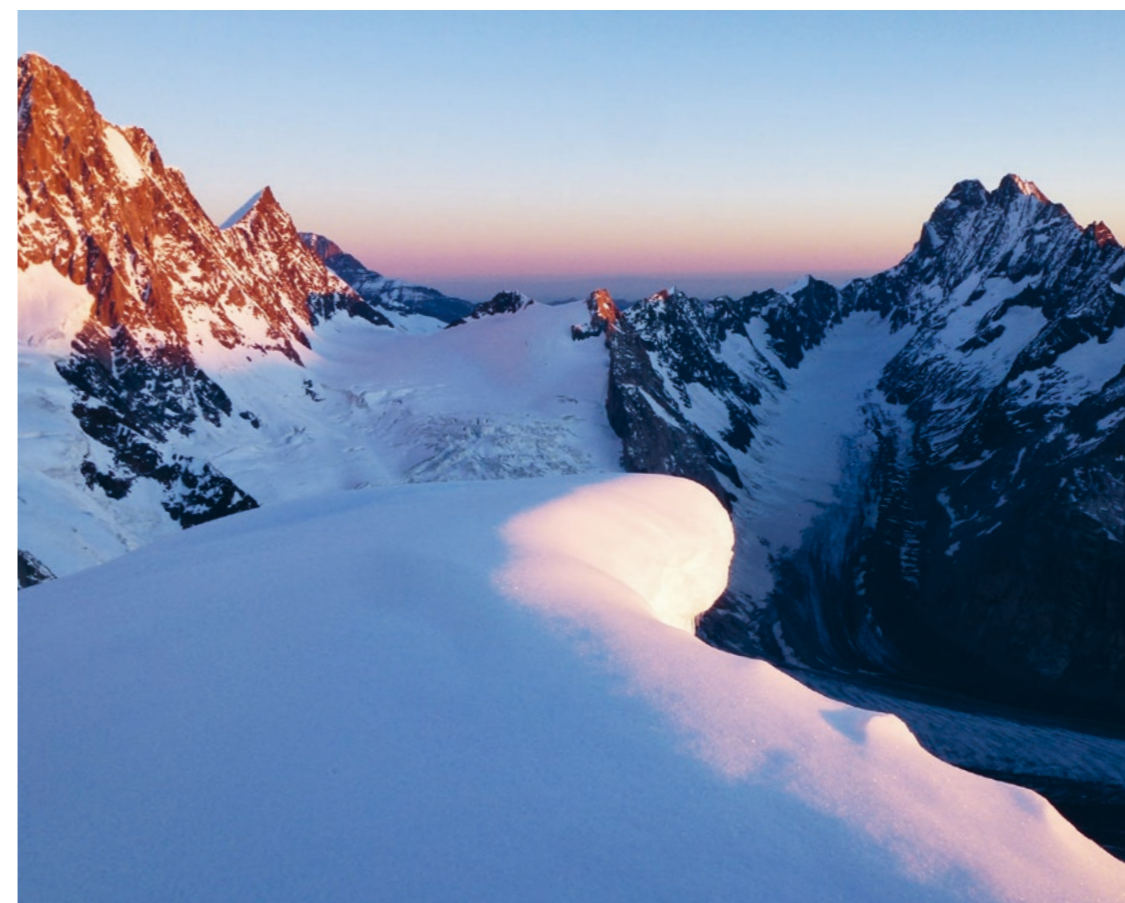
Ernüchternder ist die Bilanz bei den Verbrauchszielen. Hier hat das Parlament den Vorschlag des Bundesrats tel quel übernommen. Dieser sieht zwar vor, dass sich der Energieverbrauch pro Kopf bis 2050 gegenüber dem Jahr 2000 mehr als

halbieren soll. Angesichts der Einsparungen, die durch den Ersatz fossiler Energieträger im Verkehr und in den Gebäuden durch energieeffizientere klimafreundliche Alternativen sowieso passieren werden, ist das Ziel aber wenig ambitioniert. Das Energiesparen fristet in der Bundespolitik noch immer ein Mauerblümchendasein. Bezeichnend dafür ist, dass der einzige Diskussionspunkt in beiden Räten die Frage war, ob statt der verbindlichen Verbrauchsziele unverbindliche Verbrauchsrichtwerte definiert werden sollen. Dass die günstigste und nachhaltigste Energie die ist, die gar nicht erst verbraucht wird, scheint in Bern immer noch nicht angekommen zu sein.

Nicht mehr, aber flexibler einsetzbares Geld

Heute wird auf jede verbrauchte Kilowattstunde Strom ein Netzzuschlag erhoben und damit ein Fonds geäufnet, der den Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion mitfinanziert. Je höher der Netzzuschlag, desto mehr Anlagen können unterstützt werden oder desto höher fällt die Unterstützung aus. In den Diskussionen wurde schnell klar, dass eine generelle Erhöhung des Netzzuschlags angesichts der aktuell hohen Strompreise keine Chance haben wird. Alle Anträge aus dem links-grünen Lager in diese Richtung wurden abgelehnt. Die SES forderte im Vorfeld zur Debatte eine Flexibilisierung der Höhe des Netzzuschlags je nach Stand der Zielerreichung des Erneuerbaren-Ausbau und je nach Strommarktpreis. Ein solcher Vorschlag erwies sich in der Debatte als zu komplex. Dennoch freuen wir uns über eine «kleine» Flexibilisierung. Beide Räte haben nämlich beschlossen, dass sich

➤ **Geht in der Schweizer Energiepolitik bald die Sonne auf?**



der Netzzuschlagsfonds in Zukunft in gewissem Mass verschulden darf und so dynamisch, aber zeitlich begrenzt auf Bedarfsveränderungen reagieren kann.

Mantelerlass bleibt atomfrei

Angesichts der aktuellen Energiekrise kramten AKW-Verfechter:innen die Atomdebatte aus der Mottenkiste. Dass AKW-Forderungen völlig ungeeignet sind, um die akuten Probleme zu lösen,

interessiert sie und ihre Klientel wenig. Die Atomansträge in den beiden Räten folgten denn auch dieser Logik. Anstelle eines Frontalangriffs auf das Neubauverbot wurde versucht, dieses mit Ausnahmeregelungen auszuhöhlen und den Langzeitbetrieb zusätzlich zu subventionieren. Die Forderungen blieben jedoch chancenlos.

Nach der Parlamentsdebatte bleibt zumindest der Mantelerlass atomfrei. Es wird jedoch noch einige Debatten zu führen geben, bis das Thema endgültig vom Tisch ist.

Mantelerlass auf der Zielgeraden

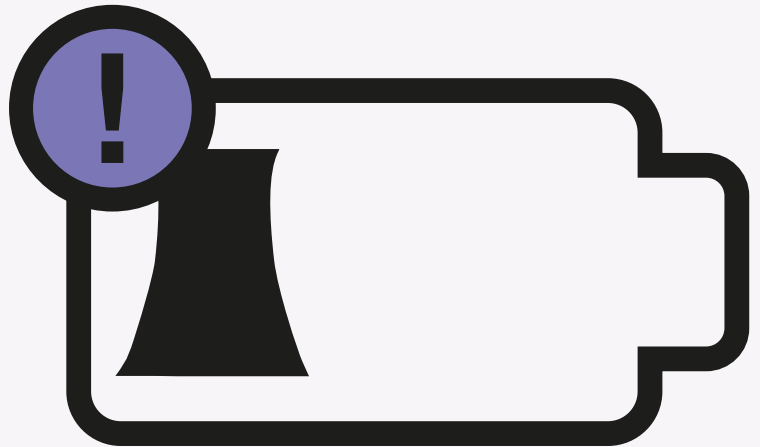
Wie bringt sich die SES ein?

Die SES spricht mit Politiker:innen aller Parteien und informiert über wichtige Sachzusammenhänge für die Energiewende und die Dekarbonisierung. Wichtig ist auch der Austausch mit anderen Verbänden, sei es aus der Strombranche oder im Rahmen der Umweltallianz.

Bild: Jokrapf/wikimedia.org

Jetzt anmelden! **Misère Nucléaire. Wenn AKW ungeplant ausfallen**

Europa hat ein Stromproblem und wird es so schnell nicht los. Rund ein Viertel des europäischen Stroms – jährlich ungefähr 700 TWh – kommt aus AKW. 2022 sind jedoch allein in Frankreich 80 TWh davon unerwartet weggeblieben.



Wir diskutieren mit unseren Gästen, was die massive Abhängigkeit von Atomkraftwerken für Frankreich, Europa und die Schweiz bedeutet. Die aktuellen Krisensituationen zeigen: Der Atomausstieg ist richtig, notwendig und hilft mittelfristig dabei, einen gigantischen Unsicherheitsfaktor aus Europas Stromversorgung zu eliminieren. Ein dezentrales, erneuerbares Energiesystem bringt uns Versorgungssicherheit ohne nukleare Gefahren.

Unsere Referent:innen analysieren die französische AKW-Krise aus verschiedenen Blickwinkeln. Wie sind die massiven ungeplanten Ausfälle technisch zu erklären und was heisst das für die nukleare Sicherheit Europas? Was bedeuten extreme AKW-Produktionsausfälle für die europäische Stromversorgung und die Stabilität der Netze? Wer bezahlt für die Fehler der Atomindustrie?

Unterstützen

SES Klimaclub

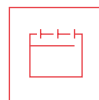


Um den Ausstieg aus den fossilen Energien rechtzeitig zu schaffen, brauchen wir ein neues Energiegesetz, ein neues CO₂-Gesetz und eine gewonnene Gletscher-Initiative. Deshalb haben wir den Klimaclub gegründet. Der Club soll helfen, das für die teuren Abstimmungskampagnen benötigte Geld zusammenzutragen.

Als Mitglied des Klimaclubs tragen Sie zudem entscheidend zur Finanzierung der Stellen bei, die den Ausstieg der Schweiz aus den fossilen Energien vorantreiben. Gemeinsam tragen wir die Energiewende über die Ziellinie. Herzlichen Dank!

Diskussionsveranstaltung für Energiepolitik-
Interessierte, Fachpublikum und Medienschaffende

**Freitag, 30. Juni 2023,
14–17 Uhr
«Halle 7» in Basel**



→ Detailprogramm und Anmeldung
www.energiestiftung.ch/veranstaltungen



→ Jetzt Mitglied werden
[www.energiestiftung.ch/
klimaclub](http://www.energiestiftung.ch/klimaclub)